

Debatte

2017, Band 5, Heft 1/2

Seiten 137-146

zeitschrift-suburban.de

Lucius Burckhardt

„Wer plant die Planung?“

Kommentare von:

Wolf Reuter, Beate Binder,

Jens S. Dangschat, Monika

Grubbauer, Michael

Guggenheim, Stadt von

Unten, Iris Dzudzek

Perspektiven einer Politisierung von Planungsprozessen jenseits lokaler Mobilisierungen

Kommentar zu Lucius Burckhardts „Wer plant die Planung?“

Monika Grubbauer

Lucius Burckhardt beschreibt in seinem wegweisenden Text Planen als sozialen Prozess und eröffnet damit wichtige Perspektiven auf die Politisierung von Planungsprozessen. Ich möchte drei Argumente Burckhardts hervorheben, die heute unverändert hohe Relevanz haben. Erstens stellt Burckhardt heraus, dass die Formulierung von Planungsproblemen immer selektiv und von politischen Interessen abhängig ist. Fachleute agieren in diesem Zusammenhang nur scheinbar neutral. Die weitgehende Formalisierung von Entscheidungsprozessen dient dazu, „den Fachmann freizustellen und ihn von den Verquickungen mit der Macht zu lösen – dieses sowohl, um ihn unbeeinflussbar und neutral zu halten, wie auch, um der Macht des Fachmanns vorzubeugen“ (Burckhardt 2017 [1974]: 106). Tatsächlich kommt es in der Realität jedoch immer zur Vermischung von öffentlichen und privaten Interessen, was auch die Einteilung der Beteiligten in „wissende“ und „entscheidende“ (ebd.: 106) in Frage stellt. Zweitens macht Burckhardt deutlich, dass Entscheidungsprozesse in der Planung jenseits technischer Aspekte und Abwägungen im Hinblick auf gesamtgesellschaftliche Konsequenzen auch immer subjektive Anteile enthalten. Planende sind immer Teil von „entscheidungsfindenden Kollektiven“ (ebd.: 107). Sie greifen bei Entscheidungen auch auf ihre Intuition und subjektive Einschätzungen von organisationsinternen Konsequenzen zurück. Zudem haben diese Kollektive in der Umsetzung von Entscheidungen eine zentrale Rolle inne, so dass die konkreten Entscheidungsakte sich „in der Realität [als] nicht auffindbar, unbemerkt vorübergegangen oder bewusst verschleiert“ darstellen (ebd.: 109). Drittens weist Burckhardt auf die Beschränktheit von Beteiligungsprozessen hin, die er als Mittel zur Herstellung von Zustimmung bei der Planung und ihrer Durchsetzung kritisiert. Einen Grund hierfür sieht er in den primitiven Befragungsmethoden und im Mangel an Alternativen für die Betroffenen. Auch die Ansätze des *advocacy planning* greifen seiner Ansicht nach zu kurz, da die Betroffenen auch hier vor eine Auswahl gestellt werden, mit deren Rahmen sie nicht einverstanden sein können und deren Langzeitfolgen nicht transparent gemacht werden. Er weist darauf hin, dass oft unklar ist, wer die eigentlich Betroffenen von Planung sind. Im Sinne demokratischer Entscheidungsfindung ist daher nicht unbedingt das rasche Entscheiden,

sondern „vielmehr [der] geplante Aufschub derjenigen Entscheidungen, die sich aufschieben lassen zugunsten der Bewohner, die erst später auftreten oder dann neue Bedürfnisse haben“ (ebd.: 112). Ich nehme diese Befunde zum Ausgangspunkt, um in diesem Kommentar jüngere planungspolitische Debatten im Spannungsfeld von Repolitisierung und Post-Politik zu reflektieren.

Seit den 2000er Jahren ist eine (Re-)Politisierung von planungsbezogenen Fragestellungen zu beobachten. Städtische Proteste rund um konkrete Planungsvorhaben, den Erhalt bestehender Räume und Objekte, steigende Mieten und die Privatisierung städtischer Liegenschaften, Güter und Unternehmen haben hohe Aufmerksamkeit gewonnen. Die damit zusammenhängenden Konflikte haben sich infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 und der daran anschließenden Austeritätspolitik weiter verschärft (Peck 2012). Die symbolische Besetzung städtischer Räume durch soziale Bewegungen und städtische Initiativen hat seitdem viel Öffentlichkeit erfahren. (Temporäre) Besetzungen haben als Strategie zur Sichtbarmachung und Aushandlung von Interessenskonflikten neu an Bedeutung gewonnen (Vasudevan 2015, Lanz 2016). Städtische Großprojekte, vor allem im Zusammenhang mit einmaligen Großereignissen, die öffentliche Kosten ohne erkennbaren langfristigen Nutzen verursachen, lassen sich im europäischen Kontext politisch immer weniger durchzusetzen, wie beispielsweise zuletzt beim Volksentscheid gegen die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 2024 in Hamburg deutlich wurde. Es ergeben sich neue Öffentlichkeiten und neuartige Interessenskoalitionen, die in städtische Planungsprozesse und Stadtentwicklungspolitik eingreifen und den Ausgang von Planungsvorhaben unsicher machen beziehungsweise im Sinne Burckhardts für den Aufschub von Entscheidungen sorgen (Novy/Colomb 2012).

Demgegenüber steht die Diagnose der post-politischen Stadt, wonach politische Auseinandersetzungen im Kontext des neoliberalen Regimes zunehmend durch Routinen städtischen Regierungs- und Verwaltungshandelns ersetzt werden (Swyngedouw 2009, Metzger et al. 2015a). Die post-politische Planungspraxis zeichnet sich durch institutionalisierte und konsensbasierte Mechanismen der Beteiligung und Entscheidungsfindung im Rahmen eines wachstumsorientierten Entwicklungsparadigmas aus. Eine zentrale Rolle kommt in diesem Zusammenhang Planenden als privaten Expert_innen zu, die in Kooperation mit anderen Berater_innen und privaten Akteuren dafür verantwortlich zeichnen, dass die eigentlichen politischen (und damit auch konfliktiven) Fragen dem öffentlichen Diskurs entzogen und nicht mehr öffentlich verhandelt werden: „Damit ergibt sich sowohl eine Erweiterung der Sphäre der Politik und Governance als auch eine Verengung der Sphäre des eigentlich Politischen“ (Beveridge/Richter 2014: 55). Unterstützt wird dieser Prozess der Depolitisierung durch technokratische Verfahren, die mittels spezialisierter Managementtechniken und neuen Systemen des Auditing und der Evaluation dazu beitragen, das Handeln der Expert_innen zu mobilisieren, zu routinisieren und zu normalisieren (Allmendinger/Haughton 2015: 33). Sowohl die selektive Formulierung von Planungsproblemen als auch die subjektiven Anteile von Entscheidungsprozessen in der Planung, auf die Burckhardt eindrücklich hingewiesen hat, bleiben dabei ausgeblendet.

Die Hoffnung, Planung als politische Praxis zu stärken, wird vielfach an die Stärkung demokratischer Ansätze auf lokaler Ebene geknüpft. Dies geht

über die Anerkennung von Differenz als einem gesellschaftlichen Wert, wie sie Marion I. Young eingefordert hat und wie es in der Planungstheorie breit rezipiert wurde (Fainstein 2005), hinaus. Young kritisierte das Ideal einer konfliktfreien und harmonischen Gemeinschaft und forderte die Anerkennung von Differenz im Sinne der grundsätzlichen Heterogenität städtischer Kontexte (Young, 1990). In der jüngeren planungs- und stadttheoretischen Debatte zur Rezeption der Arbeiten von Mouffe, Rancière und Žižek zur Post-Politik wird (trotz aller konzeptioneller Unterschiede in den Positionen dieser Autorinnen und Autoren) deutlich, dass das eigentlich Politische nur dort verhandelt werden kann, wo *politische* Differenzen artikuliert und im Sinne eines agonistischen Respekts für die Position der Anderen verhandelt werden können. Damit verbunden ist die Akzeptanz von Antagonismen und Dissens, ohne dabei demokratische Werte in Frage zu stellen (weiterführend dazu Nonhoff 2007).

Besondere Bedeutung kommt hierbei den lokalen Foren und Arenen zu, in denen politische Inhalte verhandelt werden, wie dies auch schon bei Young anklingt (vgl. Harvey 2012, Merrifield 2014). Diese Foren und Arenen sind physisch definiert und im städtischen Raum verankert: Die Erwartung besteht darin, dass das physische Zusammentreffen von Menschen gekoppelt mit der Mobilisierung rund um lokale Entscheidungen eine Politisierung von Planungsprozessen ermöglicht. Dies kann sogar zu einer Neubewertung von NIMBYism[1] führen: Am Widerstand einzelner Betroffener gescheiterte Projekte wären demnach positiv zu bewerten, da sie möglicherweise zu einer Stärkung demokratischer Beteiligung führen würden (Metzger et al. 2015b: 14f.). Für die Rolle der Planenden stellt sich die Frage nach der Positionierung in diesen Räumen und Prozessen demokratischer Beteiligung jenseits der von Burckhardt kritisierten (scheinbaren) Neutralität und Objektivität der Planung. „Do planners actively facilitate or resist political disagreement or, as some of their professional institutes insist, seek to act ‚neutrally‘ – thus opening up a whole new quagmire of ethico-political conundrums?“ (ebd.). Diese Perspektiven decken sich mit den Forderungen nach einer Stärkung lokaler Selbstverwaltung und lokaler Prozesse sozialer Innovation, wie sie im erweiterten Mainstream des Planungsdiskurses artikuliert werden (Moulaert et al. 2010, Hoffmann-Axthelm 2016).

Ich möchte im Folgenden aufzeigen, wo meiner Ansicht die Grenzen einer derart an lokalen öffentlichen Foren und Arenen ausgerichteten Politisierung von Planungsprozessen liegen und welche blinden Flecken hier generiert werden. Es sind zwei Punkte, die ich benennen möchte: Zum einen sehe ich die Gefahr einer Essenzialisierung und Idealisierung des Lokalen als Ort der politischen Verhandlung, wobei der Begriff an sich jedoch unscharf bleibt. Gleichzeitig geraten andere Ebenen der Regulierung, Steuerung und Entscheidungsfindung, die ebenfalls wirkungsmächtig sind, allzu leicht aus dem Blick. Zum anderen bleibt unterbelichtet, dass es im Zuge von globalen Urbanisierungsprozessen, die gegenwärtig dazu dienen neue Räume der Kapitalakkumulation zu schaffen, tatsächlich auch zu einer realen geographischen Verlagerung von Marketisierungsprozessen kommt. Im Zuge dieser Prozesse werden die Märkte für Dienstleistungen im Bereich Architektur und Planung von privatwirtschaftlichen Akteuren auf globaler Ebene erweitert

und neu definiert – und dies ganz bewusst jenseits des Rahmens der europäischen städtischen Zivilgesellschaft und Regulierung.

Der Diskurs um Recht auf Stadt und *urban citizenship* ist durchdrungen vom Glauben an die Macht lokaler Mobilisierungen und baut auf der Annahme, dass sich aus der Verankerung von Bürger_innen an einem Wohnort und in entsprechenden arbeits- und lebensweltlichen Zusammenhängen gesellschaftliche Teilhaberechte ableiten lassen. Diese sind nicht an formale Staatsbürgerrechte gekoppelt. Bürgerschaft ist hier kein formeller Status, sondern Prozess und gelebte Praxis. Der städtische Kontext ist in diesem Zusammenhang als sozio-politischer und institutioneller Rahmen auf zweierlei Weise wichtig, im Sinne eines „claim[] for a right to the city“ und eines „right through the city“ wie Blokland et al. unter Bezugnahme auf Nicholls und Vermeulen (2012) feststellen:

„Claims for a right through the city, as for example expressed in many of the occupations of public squares and streets during the recent wave of global protests, make use of the city as a stage for a political project that transcends the local realm and can even be of global significance. However, as activists draw from place-specific resources, mobilize local participants and maneuver local institutions and networks, they are intertwined with (urban) citizenship politics that refer to local issues, regulations and authorities.“ (Blokland et al. 2015)

In der akademischen Debatte will man also einerseits Stadt nicht (nur) als den „geografischen Ort, an dem soziale und politische Auseinandersetzungen stattfinden“ (Hess/Lebuhn 2014: 17) verstehen: Stadtbürgerschaft ist vielmehr als „kontingentes Ergebnis von Konflikten um Zugehörigkeit zu bzw. den Ausschluss aus der politischen (städtischen) Gemeinschaft zu verstehen“ (ebd.). Andererseits kann man beobachten, dass die physische Verortung in der Stadt und die sich daraus ergebenden Erfahrungen, Wissensbestände und sozialen Netzwerke sehr wohl eine zentrale Rolle bei der Mobilisierung im Kontext von Planungsvorhaben und Stadtentwicklungspolitiken spielt. Wichtig ist hierbei, dass das (politische) Engagement vieler Akteure im Feld der Stadtentwicklungspolitik jenseits der von Burckhardt kritisierten institutionalisierten Beteiligungsverfahren vielfach auch gezielt mit dem Anspruch verknüpft ist, konkrete materielle Interventionen umzusetzen und damit direkte Wirksamkeit „on the ground“ zu haben (Tonkiss 2013, Richter et al. (im Ersch.)). In den letzten Jahren ist tatsächlich eine Vielzahl von Beispielen entstanden, in denen in Form von gemeinnützigen und kollektiven Modellen der lokalen Selbstorganisation in kleinem Maßstab sozial (verhältnismäßig) durchmischte innerstädtische Quartiere mit preiswertem Wohn- und Gewerberaum geschaffen wurden (siehe z. B. die Zürcher Baugenossenschaft Kalkbreite, Wolf/Wottreng 2015).

Auch in der Debatte um die post-politische Stadt setzt man im Bestreben, Vorstellungen von Gesellschaft als einem harmonischen Ganzen zu dekonstruieren und als „space of contestation riddled with difference and strife“ (Metzger et al. 2015b: 4, Hervorhebung d. A.) zu konzeptualisieren, auf Orte und Räume der symbolischen Besetzung, physischen Aneignung und politischen Aushandlung – und zwar nicht nur im übertragenen, sondern auch im buchstäblichen Sinn. Dementsprechend ist einer der wichtigsten Aspekte

von Post-Politik, insbesondere in der Lesart von Žižek (1999), die Verlagerung (*displacement*) von Konflikten (*issues*) aus den Arenen der öffentlichen Debatte und der Entscheidungsfindung in intransparente, demokratisch nicht legitimierte Netzwerke. Wenn das *eigentlich* Politische nach Rancière im Grunde eine Intervention zur „Ordnung des Sichtbaren und des Sagbaren“ darstellt (Rancière 2002, zit. in Lanz 2016: 51), dann wird diese Intervention in den aktuellen stadt- und planungstheoretischen Debatten nicht immer, aber oft, mit dem städtischen Raum, seiner Aneignung und Besetzung verknüpft. Die Fokussierung auf lokale – und damit sichtbar und hörbar manifestierte – „Akte“ von *citizenship* in der Artikulation politischer Forderungen (Isin 2012) deckt sich jedoch an manchen Stellen in beunruhigender Weise mit der Agenda eines neoliberal gewendeten *localism*. Dezentralisierung, Subsidiaritätsprinzip, zivilgesellschaftliches Engagement und soziales Kapital auf lokaler Ebene dienen hierbei als Motive für Planungsreformen. Dies wird allerdings eingeschränkt durch die Anforderung der grundsätzlichen *compliance* mit dem auf nationaler Ebene verankerten strategischen Rahmen der Stadtentwicklungspolitik, wie Allmendinger und Haughton (2015) in ihrer Analyse von Planungsreformen im Kontext der *Big-Society*-Agenda der konservativ-liberalen Koalitionsregierung in Großbritannien feststellen. Dazu kommt, dass die lokale ‚Community‘, wie sie heute als Akteurin und Adressatin zivilgesellschaftlichen Engagements und konkreter städtischer Interventionen und Mobilisierungen vielfach angesprochen ist, letztlich eine wenig erstrebenswerte soziale Utopie darstellt. Face-to-face-Beziehungen werden idealisiert und die Heterogenität und Widersprüchlichkeit städtischer Kontexte negiert. Projekten, wie der oben erwähnten Zürcher Kalkbreite, wird nicht umsonst die Qualität eines Lebens „wie im Dorf“ zugesprochen (TagesWoche 2015). Young wies bereits 1990 in *Justice and the Politics of Difference* eindrücklich auf die Gefahr hin, lokale Gemeinschaft zu idealisieren:

„The ideal of a society consisting of decentralized face-to-face communities is undesirably utopian in several ways. It fails to see that alienation and violence are not only a function of mediation of social relations but can and do exist in face-to-face relations. It implausibly proposes a society without the city [...]. [It sets up] an opposition between authentic and inauthentic social relations [...] [it posits] the desired society as the complete negation of existing society [and] it provides no understanding of the move from here to there that would be rooted in an understanding of the contradictions and possibilities of existing society.“ (Young 1990: 302)

Wenn es nun um die Politisierung von Planungspraxis und Planungsprozessen geht, und damit komme ich zum zweiten Punkt, ist die lokale Ebene einerseits immer notwendiger Ausgangspunkt. Planung vollzieht sich immer lokal beziehungsweise ist bezogen auf bestimmte räumliche Ebenen und Orte. Damit ist sie immer Komplizin in der Schließung von Möglichkeitsräumen, die in der politischen Auseinandersetzung angelegt sind (Metzger et al. 2015b: 13). Gleichzeitig kann es diesem Verständnis zufolge für die Politisierung von Planungsprozessen keinen anderen Ausgangspunkt geben als konkrete Projekte, konkrete Orte und konkrete städtische (oder ländliche) Kontexte. Die politischen Rahmenbedingungen der Planungspraxis sind jedoch

jenseits ihrer eigentlichen Instrumente verortet und produziert. Als *politics of planning* sind all jene Alltagspraktiken, Prozeduren und Institutionen zu verstehen, durch welche Planung in die Lage versetzt wird, sozial-räumliche Ordnung herzustellen, zu normalisieren und aufrechtzuerhalten – und damit genau die Frage auszublenden, auf die Burckhardt hingewiesen hat, nämlich, wer eigentlich bestimmt, was geplant wird und was nicht. Dies beinhaltet die Wirksamkeit sozialer Hierarchien, Zuweisungen von Sprecherrollen und Zuschreibungen von Legitimität in Planungsprozessen. Dies wird beispielsweise am Umgang mit informellen Prozessen der Stadtentwicklung in Städten des Globalen Südens deutlich: Staatliche Planung sucht informelle Strukturen und Praktiken der Existenzsicherung mit korrektiven Maßnahmen zu „normalisieren“ und spricht ihnen damit Legitimität ab (Kamete 2013). Den in der Planung angelegten Aushandlungsprozessen auf Basis von unterschiedlichen Interessen und Wertvorstellungen geht die Festlegung voraus, wer wie und wann an diesen Prozessen überhaupt teilnehmen kann und was überhaupt zum Gegenstand der Aushandlung gemacht wird (Metzger et al. 2015b: 10).

Diese Festlegungen und Ausschlussmechanismen, mit denen politische Fragen ausgeklammert und ausgelagert werden, bleiben in den gängigen konsensorientierten Stakeholder- und Bürgerbeteiligungsverfahren unhinterfragt (Wilson/Swyngedouw 2014, Raco 2014a). Dies jedoch nur im Sinne einer Auslagerung politischer Fragen in intransparente Netzwerke und exklusive Foren zu interpretieren, greift zu kurz. Was übersehen wird und was auch für Burckhardt noch nicht abzusehen war, ist, dass sich der gesamte Modus von Planung durch die immer stärkere Rolle privatwirtschaftlicher Akteure und neue Mechanismen der Regulierung verändert. Die Politikwissenschaftler Levi-Faur (2005) und Braithwaite (2008) betonen in ihrer Argumentation für das Konzept eines *regulatory capitalism*, dass die Implementierung neoliberaler Politiken keineswegs primär auf Deregulierung und Laissez-faire aufbaut, sondern vielmehr auf einer verstärkten staatlichen Intervention und Regulierung. Dies hätte zur umfassenden Einsetzung neuer Regulierungsagenturen und zur Ausdehnung von neuen Regulierungsmodi auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen geführt (ebd.). Ganz ähnlich wird auch in politisch-ökonomischen Analysen der *aidez-faire*-Aspekt neoliberaler Planung betont (Purcell 2009: 142) und die Herausbildung eines globalen Regulationsregimes konstatiert, welches auf gemeinsamen Parametern der Marketisierung und Kommodifizierung aufbaut (Brenner et al. 2010: 219). Regulierungsprozesse spielen sich immer häufiger auf supranationaler Ebene ab, mit transnationalen Normen und Standards, die Produkte von Kämpfen um Autorität zwischen privaten, nationalen, und supranationalen Organisationen sind. Diese neuen Praktiken des (privaten) „rulemaking“ tragen zum Entstehen neuer Formen transnationaler Governance bei, die sowohl auf rechtlich bindende als auch und immer mehr auf nicht-bindende „soft rules“ aufbauen (Djelic/Sahlin-Andersson 2006). Die Wirksamkeit dieser Regulierungen in Bezug auf Planungs- und Stadtentwicklungsprozesse ist indirekt und wirkt sich in Vergabemechanismen, Auflagen, Verträgen, Normen und Standards, Zertifizierungssystemen etc. aus – eine Politisierung, die sich aus der

Betroffenheit im eigenen Alltag und Erfahrungen im eigenen sozialen Umfeld ergibt, ist hier schwer möglich.

Dazu kommt, dass es aktuell nicht nur zu neuen regulatorischen Dynamiken, sondern auch zu einer geographischen Verlagerung von Märkten und Markertisierungsprozessen kommt. Globale Urbanisierungsprozesse dienen nicht nur der Absorption von überschüssigen Arbeitskräften und überschüssigem Kapital durch spekulatives Immobilieninvestment (Harvey 2010). Dahinter steht eine bauwirtschaftliche Wertschöpfungskette, die hoch lukrativ, stark umkämpft und weitgehend globalisiert ist. Auf der einen Seite sind die Märkte für Bau- und Keramikrohstoffe und daraus hergestellte Baustoffe wie Zement, Beton, Ziegel und Putz in vielen Ländern des Globalen Südens mit rasch wachsenden Städten gegenwärtig von hohem Interesse für multinationale Konzerne und vielerorts finden markante Konzentrationsprozesse statt (Fry 2013, Grubbauer im Ersch. a). Dies geht einher mit einem neo-imperialistischen globalen Regime der Ressourcenausbeutung (Arboleda 2016), an dem die globalisierte Bauwirtschaft entscheidenden Anteil hat (z. B. Fry 2011, Graham 2016). Medienberichten konnte man beispielsweise entnehmen, dass China zwischen 2011 und 2013 mehr Zement verbrauchte als die Vereinigten Staaten im gesamten 20. Jahrhundert (Schmidt 2015). Auf der anderen Seite wird Planung immer mehr zum globalisierten kommerziellen Produkt. Dies wird durch neue Managementmodelle, internationalisierte Firmennetzwerke und vertragliche Beziehungen zwischen multinationalen (Technologie-) firmen, lokalen bauwirtschaftlichen Unternehmen und Stadtregierungen ermöglicht (McNeill 2015) – bis hin zu einer „contractual capture“ of state spending on urban projects“, wie Raco dies nennt (2014b: 195). Die Handlungsspielräume von Staaten und lokalen Regierungen werden hierbei durch neue Formen der vertragsrechtlichen Regulierung und Risikominimierung in einer Weise beschnitten, die es unmöglich macht, die an privatwirtschaftliche Akteure ausgelagerten Projekte noch demokratisch zu kontrollieren. Dies ist umso effektiver, je weniger Erfahrung, Kompetenz und Ressourcen die staatlichen Behörden zur Verfügung haben und je höher der Anreiz für die nationalen und lokalen Eliten ist, Vorteile aus Planungen und Projekten zu ziehen (Shatkin 2008, Rapoport 2015, Grubbauer im Ersch. b). Aktuell gibt es beispielsweise in vielen afrikanischen Städten eine Rückkehr zu großangelegten Masterplanungen, in denen private (europäische und nordamerikanische) Firmen den rechtlichen Rahmen für die übergeordnete Planung ganzer Städte vorgeben.

Wenn sich also die Hoffnung auf eine Politisierung der *Planung* aktuell an die viel grundsätzlichere Politisierung der *Stadt* knüpft, so ist dies sicherlich begründet. Lanz hält fest, dass die neuen Aushandlungsprozesse, in denen gegenwärtig mittels Besetzungen, Volksabstimmungskampagnen oder Genossenschaftsgründungen und in neuen zivilgesellschaftlichen Koalitionen Teilhabe eingefordert und erprobt wird, durch die Forderung nach gleichberechtigtem Zugang zu den „Ressourcen der Stadt“ (Lanz 2016: 58) gekennzeichnet sind: „Sie fordern weniger eigene Nischen oder ihr [sic!] Rechte auf selbstbestimmte Identitäten ein, als sie auf neuartige Vergesellschaftungsformen urbaner Infrastrukturen jenseits der herkömmlich autoritären und staatsfixierten Wohlfahrtsstadt pochen“ (ebd.) Dem möchte ich zustimmen und trotzdem stellt sich die Frage, wie man die sich

wandelnden Modi von Planungsprozessen jenseits des Bezugsrahmens der lokalen Foren und Arenen, in den sich die Aushandlungs- und Vergesellschaftungsprozesse um urbane Infrastrukturen vollziehen, verstärkt in den Blick nehmen kann. Bei Burckhardt findet sich zum Abschluss seines Aufsatzes die Forderung nach einer über rein technische Fragen hinausgehenden, „umfassende[n] Betrachtung der Art und Weise, wie Kommunen ihre Umwelt planend verändern“ (Burckhardt 2017 [1974]: 114). Auch wenn diese Forderung nach wie vor Gültigkeit hat, so steht sie auch deutlich im Zeichen der damals gerade erst erfolgten Institutionalisierung der Planungsprofession in Hinblick auf Ausbildung und planerische Handlungsfelder der öffentlichen Verwaltung. Aus heutiger Perspektive meine ich, dass es für die Politisierung von Planungsprozessen andere Ausgangspunkte geben muss als konkrete Projekte, konkrete Orte und konkrete städtische (oder ländliche) institutionelle Kontexte. Hierzu muss stärker sichtbar gemacht werden, welche Wechselbeziehungen es zwischen diesen Projekten und Infrastrukturen und den Ressourcen der europäischen ‚Bürgerstadt‘ auf der einen Seite und den andernorts artikulierten Verwertungsstrategien und ökonomischen Interessen im Kontext globaler Regime der Regulierung und Ressourcenausbeutung auf der anderen Seite gibt.

Endnoten

- [1] NYMBYism leitet sich aus dem englischsprachigen Akronym ‚Not In My Back Yard‘ (Nicht in meinem Hinterhof) ab. Verstanden werden hierunter lokale Bürgerproteste, die vorrangig durch die eigene Betroffenheit motiviert sind und das Ziel verfolgen, eigenes Eigentum oder ökonomische Interessen zu schützen.

Autor_innen

Monika Grubbauer forscht zur Geschichte und Theorie der Stadt mit den Schwerpunkten Architektur, Planung, Stadtsoziologie und interdisziplinäre Stadtforschung.
monika.grubbauer@hcu-hamburg.de

Literatur

- Allmendinger, Philip / Houghton, Graham (2015): Post-political regimes in English planning. From Third Way to Big Society. In: Jonathan, Metzger / Philip, Allmendinger / Stijn, Oosterlynck (Hg.), *Planning against the Political: Democratic Deficits in European Territorial Governance*. London and New York: Routledge, 29-53.
- Arboleda, Martin (2016): In the Nature of the Non-City: Expanded infrastructural networks and the political ecology of planetary urbanisation. In: *Antipode* 48, 233-251.
- Beveridge, Ross / Richter, Anna (2014): Die post-politische Stadt. In: Bernd Belina / Matthias Naumann / Anke Strüver (Hg.), *Handbuch Kritische Stadtgeographie*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 53-58.
- Blokland, Talja / Hentschel, Christine / Holm, Andrej / Lebuhn, Henrik / Margalit, Talja (2015): Urban citizenship and right to the city: The fragmentation of claims. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 39, 655-665.
- Braithwaite, John (2008): *Regulatory Capitalism: How it Works, Ideas For Making it Work Better*. Cheltenham: Elgar.
- Brenner, Neil / Peck, Jamie / Theodore, Nik (2010): Variegated neoliberalization: Geographies, modalities, pathways. In: *Global Networks* 10, 182-222.

- Burckhardt, Lucius (2017 [1974]): Wer plant die Planung?. In: *suburban*. zeitschrift für kritische stadtforschung, 5, 1-2, 105-114.
- Djelic, Marie-Laure / Sahlin-Andersson, Kerstin (2006): *Transnational Governance. Institutional Dynamics of Regulation*. Cambridge (Massachusetts): Cambridge University Press.
- Fainstein, Susan S. (2005): Cities and diversity: Should we want it? Can we plan for it? In: *Urban Affairs Review* 41/1, 3-19.
- Fry, Matthew (2011): From crops to concrete: Urbanization, deagriculturalization, and construction material mining in Central Mexico. In: *Annals of the Association of American Geographers* 101, 1285-1306.
- Fry, Matthew (2013): Cement, carbon dioxide, and the ‚necessity‘ narrative: A case study of Mexico. In: *Geoforum* 49, 127-138.
- Graham, Stephen (2016): Mine: Extractive imperialism on the deep frontier. In: Stephen, Graham (Hg.), *Vertical. The City from Satellites to Bunkers*. London / New York: Verso, 365-388.
- Grubbauer, Monika (im Ersch. a): Shifting national housing policy priorities, commercialization of housing microfinance and marketization in the construction sector: the current state of self-help housing in Mexico. *Dialog*.
- Grubbauer, Monika (im Ersch. b): Urban megaprojects, nation-state politics and regulatory capitalism in Central and Eastern Europe: the Belgrade Waterfront project. *Urban Studies*.
- Harvey, David (2010): *The Enigma of Capital and the Crisis of Capitalism*. London: Profile Books.
- Harvey, David (2012): *Rebel Cities: From the Right to the City to the Urban Revolution*. London: Verso.
- Hess, Sabine / Lebuhn, Henrik (2014): Politiken der Bürgerschaft. Zur Forschungsdebatte um Migration, Stadt und citizenship. In: *suburban* 2/3, 11-34.
- Hoffmann-Axthelm, Dieter (2016): *Lokaldemokratie und Europäisches Haus. Roadmap für eine geöffnete Republik*. Bielefeld: Transcript.
- Insin, Engin F. (2012): *Citizens Without Frontiers*. New York u. a.: Bloomsbury.
- Kamete, Amin Y. (2013): Missing the point? Urban planning and the normalisation of ‚pathological‘ spaces in southern Africa. In: *Transactions of the Institute of British Geographers* 38, 639-651.
- Lanz, Stephan (2016): Politik zwischen Polizei und Post-Politik: Überlegungen zu ‚urbanen Pionieren‘ einer politisierten Stadt am Beispiel von Berlin. In: Melanie Behrens / Wolf-Dietrich Bukow / Karin Cudak / Christoph Strünck (Hg.), *Inclusive City: Überlegungen zum gegenwärtigen Verhältnis von Mobilität und Diversität in der Stadtgesellschaft*. Berlin: Springer, 43-61.
- Levi-Faur, David (2005): The global diffusion of regulatory capitalism. In: *Annals of the American Academy of Political and Social Science* 598, 12-32.
- McNeill, Donald (2015): Global firms and smart technologies: IBM and the reduction of cities. In: *Transactions of the Institute of British Geographers* 40, 562-574.
- Merrifield, Andy (2014): *The New Urban Question*. London: Pluto Press.
- Metzger, Jonathan / Allmendinger, Philip / Oosterlynck, Stijn (Hg.) (2015a): *Planning Against the Political. Democratic Deficits in European Territorial Governance*. London and New York: Routledge.
- Metzger, Jonathan / Allmendinger, Philip / Oosterlynck, Stijn (2015b): The contested terrain of European territorial governance: New perspectives on democratic deficits and political displacements. In: Jonathan Metzger / Philip Allmendinger / Stijn Oosterlynck (Hg.), *Planning Against the Political. Democratic Deficits in European Territorial Governance*. London and New York: Routledge, 1-29.
- Moulaert, Frank / Swyngedouw, Erik / Martinelli, Flavia / Gonzalez, Sara (Hg.) (2010): *Can Neighbourhoods Save the City?: Community Development and Social Innovation*. London / New York: Routledge.
- Nonhoff, Martin (Hg.) (2007): *Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe*. Bielefeld: Transcript.
- Nicholls, Walter / Vermeulen, Floris (2012): Rights through the city. The urban basis of immigrant rights struggles in Amsterdam and Paris. In: Michael Peter Smith / Michael McQuarrie (Hg.), *Remaking Urban Citizenship: Organizations, Institutions, and the Right to the City in Amsterdam and Paris*. New Brunswick (New Jersey): Transaction Publishers, 79-96.

- Novy, Johannes / Colomb, Claire (2012): Struggling for the right to the (creative) city in Berlin and Hamburg: New Urban Social Movements, New ‚Spaces of Hope‘? In: *International Journal of Urban and Regional Research* 37/5, 1816-1838.
- Peck, Jamie (2012): Austerity urbanism. In: *City* 16/6, 626-655.
- Purcell, Mark (2009): Resisting neoliberalization: Communicative planning or counter-hegemonic movements? In: *Planning Theory* 8/2, 140-165.
- Raco, Mike (2014a): The Post-Politics of Sustainability Planning: Privatisation and the Demise of Democratic Government. In: Japhy Wilson / Erik Swyngedouw (Hg.), *The Post-Political and its Discontents: Spaces of Depoliticisation and Spectres of Radical Politics*. Edinburgh: Edinburgh University Press, 1-25.
- Raco, Mike (2014b): Delivering flagship projects in an era of regulatory capitalism: State-led privatization and the London Olympics 2012. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 38/1, 176-97.
- Rancière, Jaques (2002): *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Rapoport, Elisabeth (2015): Globalising sustainable urbanism: the role of international masterplanners. In: *Area* 47/2, 110-115.
- Richter, Anna / Grubbauer, Monika / Göbel, Hanna K. (im Ersch.): Introduction to the Special Feature: Designed to Improve? The makings, politics and aesthetics of ‚social‘ architecture and design. In: *City*.
- Schmidt, David (2015): Warum China in drei Jahren mehr Beton verbaut hat als die USA im gesamten 20. Jahrhundert. <http://blog.zeit.de/teilchen/2015/04/01/china-beton-verbrauch-usa-urbanisierung/> (letzter Zugriff am 1.4.2015).
- Shatkin, Gavin (2008): The city and the bottom line: Urban megaprojects and the privatization of planning in Southeast Asia. In: *Environment and Planning A* 40/2, 383-401.
- Swyngedouw, Erik (2009): The antinomies of the postpolitical city: In Search of a Democratic Politics of Environmental Production. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 33/3, 601-620.
- TagesWoche (2015): Zürcher Kalkbreite: Wie im Dorf – aber in der Stadt. http://www.tageswoche.ch/de/2015_08/schweiz/680984/ (letzter Zugriff am 22.2.2015).
- Tonkiss, Fran (2013): Austerity urbanism and the makeshift city. In: *City* 17/3, 312-324.
- Vasudevan, Alexander (2015): The autonomous city: Towards a critical geography of occupation. In: *Progress in Human Geography* 39/5, 316-337.
- Wilson, Japhy / Swyngedouw, Erik (2014): Seeds of Dystopia: Post-Politics and the Return of the Political. In: Japhy Wilson / Erik Swyngedouw (Hg.), *The Post-Political and Its Discontents: Spaces of Depoliticisation and Spectres of Radical Politics*. Edinburgh: Edinburgh University Press, 1-22.
- Wolf, Sabine / Wottreng, Willi (Hg.) (2015): *Kalkbreite: ein neues Stück Stadt*. Zürich, Selbstverlag.
- Young, Iris M. (1990): *Justice and the politics of difference*. Princeton (New Jersey): Princeton University Press.
- Žižek, Slavoj (1999): *The Ticklish Subject: The Absent Centre of Political Ontology*. London: Verso.